64. Jahrgang. № 286. Donnerstag, 16. Oktober 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr / Anzeigen-Preise: vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post ohne Postgebühr 6,40 M., monatlich 2,20 M. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 90 Pf. Für Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt einspaltige 40- und Breite 75 mm Millimeterzeile laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 10 Pf., Sonntags 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Tränkners Möbelhaus
21/23 Görlitzer Straße 21/23
Sehenswerte Ausstellung.

Blesch-Weinstuben
Prager Straße
Täglich: Künstler-Konzert.
Gute Küche / Gutgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte".

Beginn neuer
Unterrichtskurse für Amateur-
Photographen. Näheres laut Prospekt.
PHOTOHAUS WÜNSCHE, Ecke Moritz- u. Ringstraße.

Die Räumung des Baltikums.

Abzug der deutschen Truppen.

Berlin, 15. Okt. In politischen Kreisen wird auf Grund der eingegangenen Meldungen angenommen, daß die Räumung des Baltikums durch unsere Truppen mit Ablauf dieser Woche beendet sein wird. Das ist um so eher anzunehmen, als die Zahl der Truppen, die dem Befehl der Regierung Folge leisten, nur etwa ein Drittel des Gesamtbestandes der baltischen Armee ausmacht, zwei Drittel, etwa 25000 Mann, sind in russische Dienste übergetreten und haben sich damit jedem Einfluß der Reichsregierung entzogen. Der Reichsregierung ist, wie vor zuständiger Stelle mitgeteilt wird, von dem Rücktrittsgesuch des Generals v. d. Goltz nichts bekannt. v. d. Goltz wird in diesen Tagen in Berlin erwartet, wo dann die Entscheidung fallen soll.

Berlin, 15. Okt. Wie der „Lok.-Anz." hört, hat sich in den letzten Tagen ein Drittel der in Kurland stehenden Truppen zum Abmarsch nach Deutschland bereit erklärt, von denen Teile auch schon die deutschen Reichsgrenzen passiert haben.

Die Kämpfe um Riga.

Mitau, 15. Okt. Die Letten griffen heute im Morgengrauen mit Panzerzügen und Panzerwagen von Riga aus an, wurden jedoch zurückgeschlagen. Die Vorstädte Rigas liegen dauernd unter dem schweren Feuer der lettischen Artillerie, während die Russen Riga bisher nicht beschossen. (W. T. B.)

Unerhörte Verschärfung der Blockade.

Berlin, 15. Okt. Nach Mitteilung der interalliierten Marinekommission erstreckt sich die Sperre für die deutschen Schiffe in der Ostsee auch auf die Territorialgewässer. Derartig schroffe Repressalien — man denke nur an die zahlreichen Fischerboote — sind nur geeignet, im ganzen deutschen Volke, vor allem aber bei der betroffenen, an den Verhältnissen im Baltikum völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung, gerechte Erbitterung hervorzurufen. (W. T. B.)

Königsberg, 15. Okt. Zwei Königsberger Kohlenleichter, die mit einer Kohlenladung im Werte von 2 Millionen Mark von Stettin nach Königsberg unterwegs waren, sind kurz vor Pillau von einem englischen Torpedojäger angehalten und beschlagnahmt worden. Die Kohlen, die der hiesigen Importgesellschaft gehören, waren für die Königsberger Bevölkerung bestimmt.

Amsterdam, 15. Okt. „Telegraaf" meldet aus London, daß der britische Torpedobootzerstörer „Westrott" während der letzten zwei Tage sechs deutsche Handelsschiffe nach Reval eingebracht hat. (W. T. B.)

Kopenhagen, 15. Okt. Die schwedische Regierung wird sich, nach Meldungen schwedischer Blätter, mit der deutschen und der englischen Regierung ins Einvernehmen setzen, bevor sie die Note der Entente an die neutralen Regierungen betreffend die Blockade gegen Sowjet-Rußland beantworten wird. — Wie das Stockholmer „Dagbladet" meldet, stellt die Entente jetzt den deutschen Schiffen für den Verkehr mit skandinavischen Häfen Geleitbriefe aus. Diese neueste Maßnahme gegen die deutsche Ostseeschiffahrt bezweckt eine Isolierung der Küsten der Ostseeprovinzen.

Keine westrussische Regierung in Berlin.

Königsberg, 15. Okt. Der Vorsitzende des Zentralrats von Westrußland Senator Graf v. d. Pahlen telegraphiert aus Mitau: Durch die deutsche Tagespresse gehen in den letzten Tagen tendenziöse Nachrichten, die von einer angeblichen westrussischen Regierung in Berlin reden. Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß es sich augenscheinlich um eine Mystifikation oder einen von Feinden Rußlands inszenierten Schwindel handelt. (W. T. B.)

Kopenhagen, 15. Okt. Wie aus Finnland berichtet wird, beabsichtigt die finnische Regierung, dem Reichstag einen Vorschlag zu unterbreiten, der auf eine Ablehnung des Friedensangebotes der Sowjetregierung abzielt.

Amerika sichert sich den europäischen Markt.

Haag, 15. Okt. Das „Vaderland" meldet, daß eine amerikanische Gesellschaft unter dem Namen „Foreign Finance Corporation" gegründet worden ist, die sich zum Ziele setzt, den amerikanischen Handel mit Europa zu fördern. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 20 Mill. Pfund.

Haag, 15. Okt. „Daily Mail" meldet aus Neuyork: In Amerika macht man alle Anstrengungen, um trotz der Valuta- und Schiffsraumschwierigkeiten sobald wie möglich Kunden in Europa zu gewinnen. Die Amerikaner fürchten, daß Krupp und gewisse belgische Fabriken die Märkte der Stahlindustrie in kürzester Zeit erobern.

Frankreichs Bündnispolitik.

Bern, 15. Okt. „Temps" meldet aus Bukarest: Die rumänische Presse veröffentlicht begeisterte Kommentare über die Allianz zwischen Italien, Frankreich und Rumänien. Die „Independance Roumaine" schreibt: Dieses Bündnis hat keinen Offensivcharakter. Es bildet aber eine Garantie für die Ruhe und Ordnung auf dem Balkan. Ungarn wird notwendigerweise in diese Interessensphäre hineingezogen werden, so daß eine Annäherung Ungarns an Deutschland verhindert wird. Weiter können Polen, Jugoslawien, die Tschecho-Slowakei und Griechenland sich dem neuen Bündnis anschließen.

Endgültige Demobilisation Frankreichs.

Versailles, 15. Okt. Durch ein Dekret des Präsidenten der Republik ist die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee mit dem heutigen Tage aufgehoben worden.

Ein durchsichtiger französischer Hetzversuch.

Versailles, 15. Okt. „Figaro" und „Petit Parisien" veröffentlichen die Rede des unabhängigen Sozialisten Henke, der in der Nationalversammlung erklärte, Deutschland habe jetzt 1 Million Soldaten unter den Waffen, ohne indes die Antwort des Reichswehrministers Noske anzuführen.

Graf Bernstorff Botschafter in Rom?

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Bern, 15. Okt. Der „Matin" meldet aus Rom, daß nach Informationen aus diplomatischer Quelle Graf Bernstorff zum deutschen Botschafter in Rom ernannt werden soll.

Straßenkämpfe in Brest.

Basel, 15. Okt. Information meldet aus Paris: Der verschärfte Belagerungszustand und das Standrecht wurden über Brest verhängt, wo völlige Anarchie herrscht. Die Streikenden, 5000 an der Zahl, durchziehen die Straßen, errichten an verschiedenen Stellen Barrikaden und veranstalten Umzüge unter dem Gesange der Internationale und den Rufen „Es lebe die Revolution!", „Es leben die Sowjets!", „Herunter mit den Mördern!" Die Polizei, wo sie eingeschritten ist, wurde mit einem Hagel von Steinen und Eisenstücken überschüttet. Auf die anrückenden Truppen wurde geschossen. Man zählt bis 5 Tote und 60 Verwundete.

Aus den unerlösten Gebieten.

Ludwigshafen, 15. Okt. Die gespannte Lage in der Pfalz dauert an. Bei dem gestrigen Protststreik wegen des Ludwigshafener Mädchenmordes durch die Franzosen wurde die Ruhe nicht gestört, und die in den Schulhäusern bereitgehaltenen französischen Kolonialtruppen brauchten nicht einzugreifen. Heute stehen weitere Truppen und Automobile in Ludwigshafen in Alarmbereitschaft. Die Arbeiter in Kaiserslautern und Saarbrücken planen einen Sympathiestreik als Protest gegen die neuen Gewaltakte der Franzosen in der Rheinpfalz.

Drohender Generalstreik im lothringischen Kohlenrevier.

Rotterdam, 14. Okt. Das „Echo de Paris" meldet aus Metz: Die Behörden erwarten, daß ein Generalstreik im Kohlenrevier in Lothringen ausbrechen wird, der revolutionären Charakter trägt. Als Ursache wird die Einmischung der Kolonialtruppen in die Arbeiterkonflikte genannt.

Spartakus im Saargebiet.

Berlin, 15. Okt. Wie das „B. T." aus Saarbrücken meldet, ist es in den dem benachbarten preußischen Grenzdörfern zu neuen Plünderungen gekommen. In Hermeskeil plünderten etwa 70 Spartakisten Warenhäuser aus. Die Bürger und Beamten des Ortes bewaffneten sich. Es kam zu einem Gefecht, bei dem 2 Bürger und 2 Plünderer getötet, sowie mehrere verwundet wurden. Französische Truppen sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Hermeskeil eingetroffen.

Die amerikanische Besatzung für Oberschlesien.

Oppeln, 15. Okt. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm des Brückenkopfes Köln ist die Stadt Oppeln vom Chef der amerikanischen Mission aufgefordert worden, für ein Kommando der amerikanischen Armee Quartiere und Bureauräume für die Zeit bis zum 31. Dezember zur Verfügung zu stellen. Das Kommando wird bis zu dieser Zeit in Oberschlesien stationiert, um den Transport der Besatzungstruppen von Koblenz weiterzuleiten. Die Besatzung ist für die Uebernahme der Volksabstimmung bestimmt.

Vom Völkerbund.

Paris, 14. Okt. (Reuter.) Poincaré und Clémenceau haben ein Dekret unterzeichnet, wonach Léon Bourgeois zum Vertreter Frankreichs im Rate des Völkerbundes ernannt wird. (W. T. B.)

Rom, 15. Okt. (Stefani-Meldung.) Tittoni ist zum Vertreter Italiens im Rate des Völkerbundes, der Abgeordnete Bertoni zum italienischen Delegierten und Abgeordneter Dameli zum stellvertretenden Delegierten der interalliierten Wiedergutmachungskommission ernannt worden. (W. T. B.)

Die politische Aussprache in der Sächsischen Volkskammer.

Aufhebung des Belagerungszustandes und der Schutzhaft, sowie politische Amnestie: das waren die Schlagworte, mit denen die Unabhängigen in der Volkskammer Unfug trieben, um auf ihre Anhänger auf der Tribüne zu wirken und zum Fenster hinaus demagogische Erfolge zu erzielen. Diese ewig unruhigen, vom extremsten Radikalismus besessenen Elemente wissen zwar ganz genau, daß sie gegenüber der ungeheuren, nach Ruhe und Ordnung förmlich lechzenden Mehrheit der Bevölkerung nur über eine zahlenmäßig ganz verschwindende Minderheit verfügen, aber trotzdem nehmen sie den Mund so voll, als könnten sie jeden Augenblick die Massen in Bewegung setzen, und hören nicht auf zu bohren und zu wühlen, in der Hoffnung, daß ihre maßlose, aufreizende Agitation schließlich doch über das Beharrungsvermögen der ordnungsliebenden Einwohnerschaft den Sieg davontragen und sie an das Ziel ihrer Wünsche, die kommunistische Räterepublik, führen werde. Daß in diesem hartnäckig fortgesetzten ultrarevolutionären Treiben immer noch eine gewisse Gefahr liegt, darf nicht verkannt werden, und es war daher durchaus angebracht, daß der Ministerpräsident Dr. Gradnauer ausdrücklich feststellte, wir hätten auch heute noch keine Veranlassung, allzu sorglos zu sein. Wenn auch für alle Denkenden der narrenhäuslerische Charakter der Bestrebungen der Unabhängigen und Kommunisten feststeht, so lehrt doch die Erfahrung, daß solche Ideen, die der Ministerpräsident mit Recht als „Unsinn" bezeichnete, in unklaren Köpfen unheilvolle Verwirrung anstiften können, und es gilt daher für alle Freunde der öffentlichen Sicherheit, nach wie vor gegen derartige Umtriebe auf der Hut zu sein. Daß die Regierung sich von dieser Erkenntnis leiten läßt und gewillt ist, dementsprechend zu handeln, darf aus den Erklärungen, die sowohl der Ministerpräsident Dr. Gradnauer wie der Minister des Innern Uhlig abgegeben haben, erfreulicherweise entnommen werden. Der Minister Uhlig insbesondere hat mit dankenswerter Entschiedenheit ausgesprochen, daß an eine Aufhebung des Belagerungszustandes nicht zu denken sei, solange der Terror einer Minderheit die Mehrheit an der Arbeit hindert. Diese ohne alle Umschweife und Verklausulierungen gegebene Zusicherung wird im Lande überall, wo das Bedürfnis nach geordneten Zuständen herrscht, wohltuend empfunden werden. Die Bevölkerung weiß es sehr wohl zu würdigen, daß nur durch den Belagerungszustand unser Staats- und Wirtschaftsleben in der letzten Zeit vor schweren Erschütterungen bewahrt geblieben ist, und sie wird auch ferner jede Maßregel, die einen ruhigen Gang des öffentlichen Lebens gewährleistet, mit unverhohlener Genugtuung begrüßen.

So und nicht anders ist die allgemeine Stimmung gegenüber dem äußersten Radikalismus, der sofort den Feuerbrand wieder in die Häuser friedlicher Bürger werfen würde, sobald man ihn fessellos schalten und walten ließe. Mit den abgedroschenen Redensarten von amtlichen Lockspitzeln, die angeblich zu Putschen aufhetzen, und von einer militaristischen Gewaltpolitik gegenüber der äußersten Linken locken die Unabhängigen keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Auch ihre Liebesmühe, sich als Vertreter einer friedlichen Entwicklung, einer organischen Umbildung der Gesellschaft zum Rätekommunismus hinzustellen, ist ganz vergeblich, weil dieser Schachzug durch die Enthüllungen aus kommunistischen Geheimarchiven bereits bekannt geworden ist. Die Leitung der unabhängig-spartakistisch-kommunistischen Bewegung hat für ihre Gefolgschaft seit einiger Zeit die Parole ausgegeben, jede gewaltsame Umsturzabsicht zu leugnen und auch den polemischen Ton in der öffentlichen Erörterung wesentlich zu mildern, um auf diese Weise die allgemeine Wachsamkeit einzuschläfern und das herrschende Mißtrauen zu zerstreuen. Die bürgerliche Gesellschaft weiß also, was sie von den honigsüßen Beteuerungen der angeblich friedliebenden Gesinnung der Unabhängigen und Kommunisten zu halten hat, und wird sich nicht dadurch in verhängnisvolle Illusionen wiegen lassen.

So erfreulich aber auch die von den Mehrheitssozialisten in der Regierung gegenüber den Wühlereien der Unabhängigen und Kommunisten bewiesene Energie sein mag, daß deshalb nun alles zum Besten stünde und das Land mit den herrschenden Zuständen durchgängig zufrieden sein könnte, läßt sich doch keineswegs behaupten. Dem Redner der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Hofmann, blieb es vorbehalten, in großzügigen Ausführungen ein Bild von den Unzuträglichkeiten zu geben, die sich gegenwärtig in unserem staatlichen und gesellschaftlichen Leben empfindlich bemerkbar machen und deren Abstellung dringend erforderlich ist, wenn nicht unser Volkskörper auf die Dauer in eine zehrende Krankheit verfallen soll. Es wird im Lande zweifellos tiefen Eindruck machen und lauten Nachhall finden, wenn der Abg. Hofmann sagte: „Unverständlich bleibt uns die Gleichgültigkeit der Regierung gegen die Genußsucht, Sittenlosigkeit und Verrohung unseres Volkes",